

11. Beilage im Jahr 2023 zu den Sitzungsunterlagen des XXXI. Vorarlberger Landtages

Selbstständiger Antrag der NEOS Vorarlberg

Beilage 11/2023

An das
Präsidium des Vorarlberger Landtages
Landhaus
6900 Bregenz

Bregenz, am 25.01.2023

Betreff: Maßnahmenpaket ‚Gesellschaftliche Innovationen und Soziales Unternehmertum‘ – Neuen Ideen und Projekten die richtigen Rahmenbedingungen bieten!

Sehr geehrter Herr Präsident,

unsere Gesellschaft befindet sich in einem stetigen Wandel und damit das soziale Gefüge. Globalisierung und Digitalisierung beschleunigen diese Veränderungsprozesse. Die zugrundeliegende tiefe Überzeugung, dass Veränderung etwas Positives ist, lässt die Frage aufkommen, wie die Politik die besten Rahmenbedingungen setzen kann, damit gesellschaftlichen, soziale und unternehmerische Strukturen mit diesen Veränderungen Schritt halten und neuen bzw. veränderten Bedürfnissen gerecht werden können. Was es dafür auf jeden Fall braucht, sind gesellschaftliche bzw. soziale Innovationen.

Die Europäische Kommission definiert Soziale Innovation wie folgt:

"(Soziale Innovation) ist eine Tätigkeit, die sowohl in Bezug auf ihre Zielsetzung als auch ihre Mittel sozial ist, insbesondere eine Tätigkeit, die sich auf die Entwicklung und Umsetzung neuer Ideen für Produkte, Dienstleistungen, Verfahren und Modelle bezieht, die gleichzeitig einen sozialen Bedarf deckt und neue soziale Beziehungen oder Kooperationen (...) schafft und dadurch der Gesellschaft nützt und deren Handlungspotenzial ein neue Dynamik verleiht." (Quelle: Europäische Kommission 2021)¹

Die öffentliche Hand kann Rahmenbedingungen setzen, um diese sozialen Innovationen zu ermöglichen. Dies gerade da diese in vielen Fällen von öffentlichen Geldern getragen werden, wobei die Finanzierung eines bestimmten Produktes bzw. einer Leistung im Vordergrund steht. Die Stärkung der Innovationskraft steht bei diesen Fördervereinbarungen nicht im Vordergrund. Das Land Vorarlberg hat mit der neuen Sozialfondsstrategie einen Innovationstopf geschaffen, der im Rahmen des Sozialfonds innovative Ideen in die Umsetzung bringen soll. Zudem werden von der Marke Vorarlberg im Rahmen von Projekt-Calls innovative Ideen unterstützt.

¹ vgl. <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:32021R1057&from=EN>, zuletzt besucht am 24.1.2023.

Selbstverständlich können dabei nicht alle Projekte zum Zug kommen. Damit bleiben viele gute und spannende Projekte - die mitunter nicht zur jeweiligen Ausschreibung passen - auf der Strecke, obwohl deren Umsetzung eine positive Wirkung hätte. Neben einzelnen Innovationscalls braucht es grundsätzliche Überlegungen wie man ein innovationsförderndes Umfeld zur Bewältigung sozial- und gesellschaftspolitischer Herausforderungen schaffen kann. Denn sicher ist, dass der Wandel an sich ein dauerhaftes Strukturelement der Postmoderne bleiben wird. In Wien ist beispielsweise von der Stadtregierung geplant, eine Plattform für Social Entrepreneurship und Innovation zu schaffen². Auch in anderen Städten wie z.B. Innsbruck wird mit (Social) Impact Hubs dieses Thema mit Raum und Ressourcen ausgestattet.

Genauso gibt es in Vorarlberg ausreichend Potenzial! Wie man dieses Potenzial auf- und ausbauen kann, haben wir NEOS im Rahmen eines politischen Barcamps erörtert³. Mit Stakeholder:innen aus verschiedenen Bereichen, wie sozialen Institutionen, sozialer Unternehmer und gesellschaftlicher Initiativen, dem Startup- und Kulturbereich, der Wissenschaft und Forschung und aus dem Bankenbereich haben wir einen Nachmittag lang Lösungsvorschläge entwickelt, mittels derer gesellschaftlichen Innovationen und sozialem Unternehmertum zum Durchbruch verholfen werden könnte.

Daraus haben sich folgende Policy-Ideen für Vorarlberg gebildet:

- Schaffung einer Koordinationsstelle für Gesellschaftliche Innovation und Social Entrepreneurship

Mit der Schaffung einer Koordinationsstelle wird eine Zuständigkeit für das Thema in Vorarlberg definiert. Damit entsteht ein:e Ansprechpartner:in zur Schaffung einer Community, zur Forcierung der Vernetzung bei zeitgleicher Schaffung von Räumen und Formaten für den Austausch aber ebenso der ‚Capacity-Building‘. Diese Stelle baut Kompetenzen und Know-How in diesem Bereich durch Ausbildungs-, Befähigungs- und Mentoringprogramme auf. So wird dem Thema Öffentlichkeit gegeben und durch das Aufzeigen von Best-Practice-Beispielen (z.B. durch Preisverleihungen/Auszeichnungen) über Musterbeispiele und Erfolgsrezepte informiert. Die Koordinationsstelle unterstützt zudem bei der Antragstellung von Förderungen sowie der Aufbereitung und durch die Begleitung bei EU-Calls, anderen Projekt-Calls oder die Koordinierung mit anderen Co-Finanzierungsmöglichkeiten von Land und Bund, wodurch schlussendlich mehr (europäische) Fördermittel nach Vorarlberg kommen sollen.

- Schaffung ergänzender Finanzierungsmöglichkeiten für Gesellschaftliche Innovationen und soziale Unternehmensideen, z.B. Social Impact Bonds:

Neben dem Innovationcall des Sozialfonds sollen weitere, vor allem hybride Finanzierungsformen etabliert werden, die von Landes- und Gemeinde-seite, sozialen Institutionen und ggf. privaten Geldgeber:innen getragen werden können. Ein Beispiel sind "Social Impact Bonds", also Finanzierungsinstrumente mit denen konkrete soziale und gesellschaftliche Ziele mithilfe innovativer Herangehensweisen erreicht werden können.

² vgl. https://www.wien.gv.at/regierungsabkommen2020/files/Koalitionsabkommen_Master_FINAL.pdf, zuletzt besucht am 24.1.2023.

³ Barcamps sind eine Form von offenen Tagungen/Workshops und dienen dem inhaltlichen Austausch und der Diskussion. Sie können aber auch bereits am Ende der Veranstaltung konkrete Ergebnisse vorweisen. Entstanden ist diese Kollaborationsform im Startup-/IT-Bereich, kann allerdings für alle Bereiche - auch politisch - angewendet werden. Ziel ist im politischen Kontext durch Austausch von Wissen und Erfahrungen konkrete Anliegen zu formulieren. Dabei können schon fertige politische Initiativen oder Ideen zur Verbesserung bestehender politischer Initiativen entstehen.

- Bekanntmachung bestehender und Etablierungen neuer Finanzierungsmöglichkeiten und -kooperationen

Bestehende regionale Plattformen (z.B. Ideenkanal) sollen durch die Koordinationsstelle bekannter gemacht und entsprechende überregionale Finanzierungsmöglichkeiten für Projekte/Initiativen nutzbar gemacht werden. Zudem sollen Finanzierungsmöglichkeiten für soziale Initiativen und soziales Unternehmertum überhaupt erst etabliert werden, z.B. durch Schaffung einer Plattform die Projektideen aufzeigt bzw. präsentiert und diese so für mögliche Geldgeber:innen, Investor:innen zugänglich macht (potenzielle Aufgabe für die Koordinationsstelle).

Ebenso soll der Einsatz bessere rechtliche Rahmenbedingungen für Stiftungen attraktivere Möglichkeiten schaffen, Geldgeber:innen abseits der öffentlichen Hand zu gewinnen.

- Schaffung eines innovationsfördernden Umfelds für soziale und zivilgesellschaftliche Institutionen (innerhalb der Landesverwaltung)

Innerhalb bestehender Förderstrukturen des Landes braucht es für soziale und zivilgesellschaftliche Institutionen mehr Kooperationsmöglichkeiten und die Möglichkeit verschränkte, säulenübergreifende Lösungen anzudenken und zu erproben. Dabei brauchen neue und innovative Pilotprojekte einerseits entsprechende Planungssicherheit und andererseits Unterstützung bei der Deckung der Strukturkosten. Dafür bedarf es u.a. der Etablierung eines ressortübergreifenden Verständnisses von gesellschaftlicher Innovation und sozialem Unternehmertum sowie deren Ermöglichung (z.B. mit Hilfe einer Transition Agency bzw. der Verwaltungsentwicklung des Landes).

- Wissenschaft/Forschung und universitäre Lehre als Impulsgeber:innen für Gesellschaftliche Innovation und soziales Unternehmertum gewinnen

Durch eine entsprechende Vernetzung der FH-Studiengänge mit betriebswirtschaftlicher Ausrichtung mit dem Studiengang "Soziale Arbeit" wird ein gegenseitiges Verständnis geschaffen und es können interessante Projekte gemeinsam entwickelt werden. Damit wird die Innovationskompetenz im Bereich der Sozialarbeit und sozialen Institutionen im Land gestärkt und soziales Unternehmertum gefördert. Ähnliche Kooperationsmöglichkeiten und Ideenschmieden könnten unter anderem in Kooperation zwischen FH und PH entstehen.

Über bestehende Möglichkeiten wie die Startupstube/Startupland können soziale Unternehmensideen dann direkt in die Umsetzung gebracht werden oder herausragenden Ideen bzw. Innovationen, die im Rahmen von Abschlussarbeiten entstanden sind, die Möglichkeit zur Umsetzung erhalten.

Vor diesem Hintergrund stellen wir hiermit gemäß § 12 der Geschäftsordnung des Vorarlberger Landtages folgenden

ANTRAG

Der Vorarlberger Landtag möge beschließen:

„Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert mit entsprechenden Stakeholder:innen (z.B. FEB, Marke Vorarlberg, WISTO, Startupland, FH, PH, Sozi-

alfonds etc.) zur Schaffung bestmöglicher Rahmenbedingungen für Gesellschaftliche Innovationen und Soziales Unternehmertum einen Maßnahmenpaket in Umsetzung zu bringen, das folgende Punkte berücksichtigt:

- 1. Schaffung einer Koordinationsstelle für Gesellschaftliche Innovation und Social Entrepreneurship;**
- 2. Schaffung ergänzender Finanzierungsmöglichkeiten für Gesellschaftliche Innovationen und soziale Unternehmensideen, z.B. Social Impact Bonds;**
- 3. Bekanntmachung bestehender Finanzierungsmöglichkeiten sowie Etablierungen neuer Finanzierungsmöglichkeiten und -kooperationen;**
- 4. Schaffung eines innovationsfördernden Umfelds innerhalb der Landesverwaltung für soziale und zivilgesellschaftliche Institutionen und Etablierung eines ressortübergreifenden Verständnisses von gesellschaftlicher Innovation und sozialem Unternehmertum bzw. der Ermöglichung dieser;**
- 5. Wissenschaft/Forschung und universitäre Lehre als Impulsgeber:innen für Gesellschaftliche Innovation und Soziales Unternehmertum gewinnen.“**

LAbg. KO Dr Sabine Scheffknecht PhD

LAbg. Johannes Gasser, MSc Bakk. BA

LAbg. Garry Thür, lic.oec.HSG

Der XXXI. Vorarlberger Landtag hat in seiner 1. Sitzung im Jahr 2024, am 31. Jänner, den Selbstständigen Antrag, Beilage 11/2023, mit den Stimmen der VP-Fraktion und der Fraktion Die Grünen sowie des fraktionslosen Abg. Hopfner mehrheitlich abgelehnt (dafür: FPÖ, SPÖ und NEOS).

Hinweis: siehe auch Vorlage des Volkswirtschaftlichen Ausschusses, Beilage 13/2024